

Beschlüsse des
Landesausschusses
der NRW Jusos
am 27. Januar 2017
in Gelsenkirchen

Übersicht der Beschlüsse

| | | |
|------|---|----------|
| LA 3 | Der Diskurs um den Diskurs – Die AfD aus der demokratischen Debatte ausschließen! | Seite 3 |
| LA 4 | Geschlechtergerechte Sprache? Ja bitte! | Seite 6 |
| 14 | Wahre Reform des BND statt Leeralisierung des Illusionen | Seite 7 |
| 15 | Abschaffung der Stillen Feiertage in Nordrhein-Westfalen | Seite 8 |
| S4 | Studentischen Krankenversicherungstarif für Promotionsstudierende öffnen! | Seite 9 |
| S5 | #NeueGerechtigkeit – Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft | Seite 10 |
| W3 | ÖPNV-Beitrag ermöglichen – Mobilität gibt's nicht für lau! | Seite 11 |
| W4 | Nahmobilität fördern | Seite 12 |

LA 3 Der Diskurs um den Diskurs – Die AfD aus der demokratischen Debatte ausschließen!

Der Kampf um die kulturelle Deutungshoheit innerhalb einer Gesellschaft wird maßgeblich im öffentlichen Diskurs geführt. Auf diesem Gebiet hat die progressive gesellschaftliche Linke in den vergangenen Jahrzehnten entscheidende Siege erringen können. Wir haben einerseits den Bereich des Sagbaren dahingehend erweitert, dass wir uns um begriffliche Genauigkeit bemühten (Diederich Diederichsen in der Jungle World vom 23. Juni 2016: „[W]ir wollten Rassismus Rassismus nennen“. [1]) und zum Beispiel unsere Diskurse um sexuelle Identitäten in das Zentrum der öffentlichen Debatte trugen. Andererseits ist es uns mit dem Bemühen um politische Korrektheit, mittlerweile ein Kampfbegriff der Neuen Rechten, gelungen, den Bereich des Sagbaren dahingehend zu begrenzen, dass zum Beispiel homophobe, rassistische und völkisch-nationale Aussagen an den Rand des Diskurses gedrängt wurden. Diese Errungenschaften, die maßgeblich zu einer Liberalisierung der Gesellschaft beigetragen haben, stehen zurzeit in Gänze auf dem Prüfstand. Mit der 'Alternative für Deutschland' hat sich eine Partei im öffentlichen Diskurs etabliert, die davon träumt, jene Errungenschaften in eine Zeit vor 68 wieder zurückdrehen.

Die Grenzen des Sagbaren

Vertreter*innen dieser Partei, seien es Höcke, Gauland, Petry oder von Storch, haben es perfektioniert auf der Klaviatur der öffentlichen Debatten immer wieder gezielte Misstöne zu setzen, um so die Grenzen des öffentlich Sagbaren mit jedem Mal mehr auszutesten und um damit eine gesellschaftliche Diskussion darüber zu erreichen, was eigentlich gesagt werden darf. Dass es bei all diesen kalkulierten Tabubrüchen immer auch um Aufmerksamkeit geht, ist ein Allgemeinplatz. Und so geschieht es, dass ein Björn 'Bernd' Höcke im halböffentlichen Raum von 'rassetypischen Fortpflanzungsmechanismen' und im gänzlich öffentlichen Raum von einer '1000 jährigen Geschichte' fabuliert. So geschieht es, dass der brandenburgische Landeschef Gauland als Wolf im Schafspelz erst rassistische Aussagen über Fußballnationalspieler*innen trifft, um sich im Anschluss daran unschuldig zu geben. Dies alles sind Versuche, wieder Aussagen in der Mitte des öffentlichen Diskurses zu etablieren, die zurecht in der Vergangenheit am Rande desselben stattfanden.

Aus dem Diskurs ausschließen!

Vor dem Hintergrund dieser ziemlich durchsichtigen Versuche ist die progressive gesellschaftliche Linke, sind wir als politischer Richtungsverband gefragt, uns dem entschieden entgegenzustellen. Verschiedene Mitteln stehen uns je nach Kontext zu diesem Zweck zur Verfügung. Finden solche Tabubrüche als singuläre Aussagen von Parteivertreter*innen zum Beispiel im offiziellen und halboffiziellen Rahmen eines Interviews, eines Tweets oder Posts statt, sind wir gut damit beraten, nicht über jedes Stöckchen zu springen, das uns hingehalten wird. Der Tabubruch rechnet in solchen Fällen mit der Empörung und braucht diese, um Aufmerksamkeit zu generieren. Ignoranz scheint hier das probatere Mittel. Komplizierter stellt sich die Situation dar, wenn die Tabubrüche in politischen Debatten platziert werden sollen. Ist Ignoranz hier ebenfalls das richtige Mittel oder sollte mensch sich nicht eher gerade in diese Debatten begeben, um den rassistischen Äußerungen Paroli zu bieten? Viel spricht dafür, dass die 'Alternative für Deutschland' aus diesen Diskursen ausgeschlossen werden muss.

Weil wir als Vertreter*innen eines politischen Richtungsverbandes bzw. einer Partei selbstverständlich nicht den Diskurs allein kontrollieren können, wäre das stärkste Mittel, das uns zur Verfügung steht die Gesprächsverweigerung, um so die AfD endlich in die Rolle zu stoßen, in der sie sich fälschlicherweise ohnehin schon sieht, in die Opferrolle. Wer sich mit Vertreter*innen dieser Partei auf ein Podium, in eine Talkshow oder in ein anderes institutionalisiertes Format begibt, läuft Gefahr, eine Partei, die jenseits des demokratischen Diskurses steht, zu

naturalisieren, wodurch ihre markierte Position als Gruppierung rassistischer, antisemitischer, völkischer, nationalsozialistischer, homophober, christlich-fundamentalistischer, verschwörungs-ideologischer, revisionistischer und anderer neu rechter Haltungen demarkiert also normalisiert wird. Die AfD erschiene so als eine Partei unter vielen, mit der mensch im selben Maße reden könne, wie mit allen anderen auch. Dies muss verhindert werden!

Einfach reden lassen?

Eine Gesprächsverweigerung würde dabei ganz entschieden nicht bedeuten, dass man die 'Alternative für Deutschland' einfach gewähren und sie ihre menschenverachtenden Aussagen in den öffentlichen Diskurs tragen ließe. Insofern ist in diesem Fall auch Ignoranz nicht das richtige Mittel. Die wünschenswerteste Lösung wäre eine Verabredung aller demokratischer Parteien oder falls so nicht möglich zumindest linken Parteien, sich gemeinschaftlich nicht auf ein Podium, in eine Talkshow oder in ein anderes institutionalisiertes Format mit der AfD zu begeben, um sie so aus jenen Formaten auszuschließen. Doch auch wenn dies nicht gelingt, müssen wir als Verband über eine Gesprächsverweigerung nachdenken, diese in jenem Fall wohl begründen und einen Paralleldiskurs nicht mit sondern über die AfD und ihre rassistischen und völkisch-nationalen Parolen führen. Wir müssen ihre Aussagen, die unter dem Deckmantel eines vermeintlich berechtigten Konservatismus' daher kommen, deutlich markieren und Rassismus eben Rassismus nennen.

Die Regeln des Diskurses

Der Grund dafür, warum über eine Gesprächsverweigerung nachgedacht werden muss, besteht darin, dass Vertreter*innen dieser Partei in den genannten institutionalisierten Formaten nonchalant und vollkommen selbstverständlich elementarste Regeln des Diskurses wieder und wieder verletzen und einer wirklichen Auseinandersetzung so aus dem Wege gehen. Wo eigentlich Argumente die Debatte bestimmen müssten, wartet die AfD mit Ängsten, mit Hetze und mit ganz offensichtlichen Lügen auf, die in der konkreten Situation jedoch schwer zu widerlegen sind. Selbst dort, wo es gelingt, Lügen als solche zu entlarven, werden Statistiken für unglaubwürdig erklärt und journalistische Erkenntnisse mit dem Verweis auf die 'Lügenpresse' diskreditiert. Das führt dann zu keiner Debatte, sondern zu einer Parallelität von mehreren vermeintlichen Wahrheiten, die ein argumentatives Stellen grundsätzlich erschwert.

Hate speech – im Internet und auf der Straße

Anders stellt sich die Situation in Debatten außerhalb eines institutionalisierten Formats dar, also etwa im Internet, welches dazu geführt hat, dass auch die letzte rassistische Vollnull seine*ihre menschenverachtenden Parolen einer breiten Öffentlichkeit präsentieren kann und dabei vom digitalen Mob in seiner*ihrer Haltung bestätigt wird. Ressentiments, die konstant in den Köpfen vorhanden waren, können dort nun weitestgehend ohne soziale Kontrolle und ohne andere Sanktionsmechanismen artikuliert werden. Einen weiteren von den institutionalisierten Formaten unterschiedenen Fall stellen außerdem offline die Stammtische dieser Republik, das Hetzen an den Wahlkampfständen sowie der Alltagsrassismus in halbprivaten Gesprächen dar. In diesen anderen Fällen, ob on- oder offline, wäre Gesprächsverweigerung das falsche Mittel. Diese Diskurse unterscheiden sich von denen in institutionalisierten Formaten ganz entschieden dadurch, dass sie ohnehin weitestgehend regellos sind und vor allem dadurch, dass sie den Hetzenden nicht in dem Maße eine Aufmerksamkeit und Prestige bescheren, wie es beispielsweise Talkshows, Podien oder Wahlkampfveranstaltungen tun. Hier gilt es, sich deutlich dieser Hetze in den Weg zu stellen, um klar zu machen, dass menschenverachtende Positionen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Fazit

Im Kampf um die kulturelle Hegemonie stellen wir uns den Versuchen der 'Alternative für

Deutschland', die Errungenschaften vor allem der 68-er Bewegungen zurückzudrehen, entschieden entgegen und fordern daher:

1. In institutionalisierten Formaten wie Talkshows, Podien oder auf Wahlkampfveranstaltungen darf der AfD keine Plattform geboten werden. Zu diesem Zweck muss je nach Veranstaltung abgewägt werden, inwiefern dies der Fall ist und dort, wo eine Plattform geboten würde, muss über eine Gesprächsverweigerung von Seiten unseres Verbandes sowie der SPD nachgedacht werden. Zu berücksichtigen wären in einem solchen Falle ebenfalls die Möglichkeiten, die Gesprächsverweigerung ausreichend begründen zu können, da der Eindruck eines einfachen Wegbleibens von einer Debatte sicherlich der fatalste Eindruck wäre. Darüber hinaus muss der Kontakt zu anderen demokratischen Parteien und Jugendverbänden gesucht werden, um so ein gemeinsames Vorgehen nach dem hier skizzierten Vorbild zu vereinbaren, um einen Ausschluss der AfD aus dem Diskurs zu erreichen. Anstatt zu versuchen, die AfD in jenen institutionalisierten Formaten argumentativ zu stellen, was dadurch, wie gezeigt, erschwert wird, dass sie elementarste Regeln des Diskurses verletzt, müssen wir Paralleldiskurse über die AfD führen, in denen wir die rassistischen, antisemitischen, völkischen, nationalsozialistischen, homophoben, christlich-fundamentalistischen, verschwörungsideologischen, revisionistischen und anderen neu-rechten Haltungen als das markieren, was sie sind: menschenverachtend.
2. Zugleich werden wir uns abseits dieser institutionalisierten Formate entschieden und überall, ob off- oder online, diesen menschenverachtenden Parolen entgegenstellen und deutlich machen, dass sie nichts in unserer Gesellschaft verloren haben. Hierfür müssen wir Menschen innerhalb und außerhalb unseres Verbandes fit machen, wie zum Beispiel durch die Ausbildung zu Stammtischkämpfer*innen durch das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“. Was die Auseinandersetzung im Netz betrifft, die zwar grundsätzlich ähnlich gelagert ist, letztlich aber doch noch einmal deutlich anders funktioniert, fehlen uns zurzeit ehrlicherweise noch die vollständig durchschlagenden Konzepte. Selbige sind dringend zuerarbeiten.

[1] <http://jungle-world.com/artikel/2016/25/54310.html>

LA 4 Geschlechtergerechte Sprache? Ja bitte!

Die Feststellung, dass wir in einer patriarchalen Gesellschaft leben ist zwar keine neue und dennoch eine richtige, die immer wieder ausgesprochen werden muss. Dies zeigt sich immer wieder: Street Harrassement, rape culture, gender pay gap, männlich* besetzte Führungspositionen, strukturelle Gewalt gegen Frauen* und diese Aufzählung lässt sich noch eine Weile so fortführen.

Uns ist dabei sehr wohl bewusst, dass wir das Patriarchat nicht allein dadurch überwinden, dass wir an Worte ein Sternchen und ein "innen" dranhängen - und doch ist dies eine wichtige Forderung, denn Sprache und gesellschaftliche Realität stehen in einem Wechselverhältnis. Dabei drückt ein bewusster Umgang mit Sprache Realitäten nicht nur aus, sondern prägt diese und kann sie auch verändern. Es gibt immer wieder Studien und Erhebungen, die zeigen, dass ein vermeintlichen "mitmeinen" und "mitdenken" eben nicht so gut funktioniert wie die Gegner*innen der geschlechtergerechten Sprache denken. So schrieben Proband*innen, gefragt nach den bedeutendsten "Politikern" der letzten 50 Jahre, nur Männer auf. Befragte man sie aber nach den bedeutendsten "Politikerinnen und Politikern" eben jener Zeit wurden auch Frauen* genannt. Huch! Auch sämtliche andere "Gegenargumente" von Gegner*innen der geschlechtergerechten Sprache lassen sich schnell entkräften: Sprache ist ohnehin nicht effizient, eine weitere Endung verunstaltet sie auch nicht und es ist auch nicht furchtbar aufwändig und man gewöhnt sich schnell daran.

Und unser Verständnis von Geschlecht und Feminismus geht dabei über die Annahme einer Zweigeschlechtlichkeit hinaus und daher braucht es in der Schriftsprache auch einen Weg, dieses zu zeigen. Die feministische Forschung bedient sich hier vor allem der Schreibweisen des Gendergaps (_) oder des Gendersternchens (*). Im Gegensatz zum Binnen-I zeigt sich bei diesen Schreibweisen (durch das * bzw. den _), dass der*die Verfasser*in vom Existieren von mehr als zwei Geschlechtern ausgeht. Dabei macht der_ den Raum zwischen den Polen "männlich" und "weiblich" sichtbar und das * steht zudem auch für eine Offenheit in Bezug auf Geschlechtsidentitäten. So kann beispielsweise mit dieser Schreibweise von "Frau*" deutlich gemacht werden, dass sowohl cis- als auch trans*-Frauen gemeint sind und somit alle angesprochen werden, die sich dieser Gruppe zugehörig fühlen.

Wir wollen den Drahtseilakt wagen und unsere Ansprüche an geschlechtergerechte Sprache einerseits und Barrierearmut andererseits vereinen. Unsere Anträge müssen Geschlechterdiversität widerspiegeln, bspw. durch ein *, ansonsten werden sie auch nicht bei einer Landeskonferenz oder einem Landesausschuss aufgerufen. Die verschiedenen Möglichkeiten Geschlechtervielfalt sichtbar zu machen, wollen wir den Adressat*innen entsprechend ausloten und nutzen. So kann es beispielsweise in der Außendarstellung sinnvoll sein in Paarform zu sprechen (z.B. Schülerinnen und Schüler), während z.B. an ähnlicher Stelle im Verbandsmagazin das * benutzt wird (z.B. Schüler*innen). Dabei ist für uns klar, dass das generische Maskulinum, also die ausschließliche Verwendung der männlichen Form, keine Option ist.

J4 Wahre Reform des BND statt Legalisierung des Illegalen

Die Reform des BND durch das "Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes" reglementiert die Arbeit des Auslandsgeheimdienstes nicht, sondern weitet sie im Gegenteil extrem aus. Statt klarere Regeln zu schaffen werden weitreichende Befugnisse zum Abhören erteilt, die grundlegende Grund- und Menschenrechte verletzen. Aus diesem Grund ist das Gesetz abzulehnen. Stattdessen muss eine wahre Reform des BND durchgeführt werden, welche die Lehren aus den Snowden-Enthüllungen mit einbezieht und die Überwachungsbefugnisse einschränkt und klarer reglementiert.

Langfristig halten wir jedoch an unserer Forderung nach einer umfassenden Reform des Nachrichtendienstwesens fest. Dies beinhaltet nicht nur die Abschaffung des Verfassungsschutzes, sondern auch die Auflösung von Militärischem Abschirmdienst (MAD) und des BND zugunsten einer neuen Behörde mit deutlich entschlacktem Aufgabenbereich.

J5 Abschaffung der stillen Feiertage in Nordrhein-Westfalen

Die Hansestadt Bremen hat es vorgemacht und jüngst die sogenannten stillen Feiertage für das kleinste Bundesland abgeschafft. Das bedeutet, dass in Bremen nun auch an Karfreitag, Totensonntag und Co. öffentliche Veranstaltungen wie Filmvorführungen oder Tanzabende stattfinden dürfen. In NRW sind wir diesen Schritt noch nicht gegangen: An den stillen Feiertagen, die es hier noch gibt, sind öffentliche und teil-öffentliche Veranstaltung noch immer untersagt. Wenn selbst Heidi nicht im Fernsehen gezeigt werden darf, sagen wir: Das geht zu weit! Und fordern die NRW Jusos deswegen auf, sich innerhalb der NRWSPD für einen neuen Umgang mit Feiertagen einzusetzen! Mit der Abschaffung der stillen Feiertage auch in NRW würde man einer immer größeren Gruppe in der Bevölkerung gerecht, die zu den stillen Feiertagen entweder keinen religiösen Bezug hat oder einen weniger konservativen Umgang mit ihnen pflegt. Die SPD stand schon immer für einen undogmatischen Umgang mit Religionen und könne ihre tolerante Landespolitik mit dieser Reform fortsetzen. Genau das und ein selbstbestimmter Umgang mit Freizeit sind unsere Anliegen.

S4 Studentischen Krankenversicherungstarif für Promotionsstudierende öffnen!

Wir Jusos fordern die Anerkennung des Studierendenstatus von Promotionsstudierenden in der gesetzlichen Krankenversicherung. Doktorand*innen muss ein uneingeschränkter Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Konditionen wie Studierenden im Bachelor- und Master-Studium gewährt werden.

S5 #NeueGerechtigkeit - Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft

Gerechtigkeit und Solidarität sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt essentiell. Gerade in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit, einer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, steigender Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und populistischem gegeneinander Auspielen von Bevölkerungsgruppen, stellt die Aufrechterhaltung eben dieses Zusammenhalts eine wachsende Herausforderung dar. Genau aus diesem Grund halten wir eine neue Initiative für eine gerechte und solidarische Gesellschaft für notwendig.

Folgende Punkte sind uns in diesem Zusammenhang besonders wichtig:

- Die Rückkehr zu einem paritätisch inanzierten Sozialversicherungssystem, welches Altersarmut vermeidet und ein auskömmliches Leben im Alter für Alle ermöglicht.
- Die Schaffung einer einheitlichen Bürgerversicherung, die qualitativ hochwertige und zeitnahe medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel der Versicherten gewährleistet.
- Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12€ und verstärkte Kontrollen über dessen Einhaltung, um Lohndumping entgegenzuwirken. Ausnahmen vom Mindestlohn sind abzuschaffen.
- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer um wichtige Investitionen in die Zukunft zu tätigen und Wohlhabende angemessen an der Finanzierung dieser Investitionen zu beteiligen.

Wer, wenn nicht die SPD sollte sich den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen um unsere Gesellschaft solidarischer und gerechter zu gestalten.

W3 ÖPNV-Beitrag ermöglichen – Mobilität gibt's nicht für lau!

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um es den Kommunen zu ermöglichen, einen Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV zu erheben. Dieser Beitrag kann zum Ausbau, zum Neubau oder zur Instandhaltung des Schienennetzes sowie zur Einrichtung eines ticketlosen Nahverkehrs genutzt werden. Bei der Gestaltung dieses Beitrages soll sichergestellt werden, dass sich die individuelle Beitragshöhe an der Leistungsfähigkeit der einzelnen Personen orientiert und auch Nutznießer*innen des ÖPNV, wie beispielsweise Unternehmen, diesen Beitrag zahlen. Letzteres sollte durch eine Orientierung an der Hohnsumme geschehen.

W4 Nahmobilität fördern

Jede Kommune in NRW muss ein nachhaltiges Nahmobilitätskonzept vorlegen, in dem die Interessen von Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und Nutzer*innen anderer Arten der Nahmobilität in der kommunalen Verkehrswegeplanung Berücksichtigung finden, um die Mobilität für die Zukunft zu sichern und zu gewährleisten. Zudem sollten diese Nahmobilitätskonzepte eine Verbesserung des Modal Splits zum Ziel haben, um gleichzeitig eine Verringerung von CO₂-Emissionen zu erreichen.

Für die Erstellung von nachhaltigen Nahmobilitätskonzepten müssen seitens der Landesregierung die Möglichkeiten ausgebaut werden, dass Kommunen Kooperationen mit anderen Kommunen eingehen können. Dadurch ist einerseits eine Kostenreduzierung möglich, da für ein größeres Gebiet lediglich ein Konzept erstellt werden muss. Andererseits kann so insbesondere in Übergangsbereichen oder bei stark miteinander verbundenen Kommunen ein einheitliches Nahmobilitätskonzept erstellt werden.

Darüber hinaus sollten Kommunen oder Kooperationsverbände für die erfolgreiche Umsetzung der Nahmobilitätskonzepte Mobilitätsmanager*innen einstellen, um so die Koordination zwischen den einzelnen Beteiligten zu gewährleisten. Diese Beauftragten sollen u.a. verwaltungsinterne Prozesse koordinieren, die Projektkommunikation organisieren sowie Mobilitätsmanagementvorhaben initiieren oder Ideen für etwaige Mobilitätsmanagementvorhaben sammeln.

Aus bestehenden Ressourcen ist eine Umsetzung jedoch schwierig. Dieser Umstand ist durch Förderprogramme des Landes NRW auszuräumen, so dass die Kommunen oder die Kooperationsverbände lediglich einen Eigenanteil von 10 bis 30% finanzieren müssen. Der nachstehende Anteil würde durch Landesmittel getragen. Die Abstufung der Förderung muss durch das Land vorgenommen werden. Hierfür können sowohl die Fläche, die Wirtschaftskraft als auch die Einwohner*innenstärke der Kommunen oder Kooperationsverbände als Faktoren für die Abstufung dienen.